

Kommunistische Rundschau

Ziel: Zeitungshändlern und in allen Städten erlaubt

Lageszeitung der K.P.D. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftsberater, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Zwischenpreis für den Monat frei Haus 2 RM (halbjährlich 120 R.). Durch die Post bezogen monatlich 2 RM (jedes Ausstellungsgebot) / Verlag: "Arbeiterkunst", Dresden-El. / Geschäftsstelle und Expedition: "Gewerkschaftsblatt", 2 / Gewerkschaftsnummer 14101 / Postleitzettel Dresden Nr. 13333, Emil Schäfer, Schaffung: Dresden-El. Güterbahnhofstr. 2 / Fernnr.: 2101 Dresden Nr. 17299. Druckerei: "Arbeiterkunst", Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Montag bis Freitag von 8-10 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Abgabepreis: Die normal geöffnete Rundschau kostet 0,30 RM, für Familienangehörige 0,20 RM, für die Arbeiterklasse entsprechend an den dreigekommenen Zeitschriften 1,20 RM. Abholung: Abholung kostet vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Redaktion Dresden-El. Güterbahnhofstr. 2 / Die "Arbeiterkunst" erscheint täglich außer am Sonn- und Feiertag / In allen höheren Ortschaften besteht kein Aufpreis auf Versetzung der Zeitung oder auf Durchzählerung des Bezugspreises

2. Jahrgang

Mittwoch, den 16. Juni 1926

Nummer 137

Die Beamten zum Volksentscheid

Wenn es eine Schicht der Werkstätigen gibt, die aus eigener Mutter Erfahrung heraus wissen muss, wie sie sich zum Volksentscheid verhalten soll, so sind das die Beamten. Der Arbeiterschaft widerspricht den Grundsätzen eines Rechtsstaates", schreibt die Regierung mit Hindenburg an der Spitze und die unter ihnen stehenden Parteien. Die unteren und mittleren Beamten wollen ein Bild davon zu singen, wie die Grundsätze dieses Rechtsstaates aussehen, wenn es sich um die Rechte der Beamten handelt. Dieselben Leute, die jetzt so laut vor einer Gründung des "Reichs" lären, weil das deutsche Volk sich mit Milliarden von den furchtbaren Richtsäulen aus der Todeskugel lösen will, dieselben Leute haben im Jahre 1923 die Brüderlichkeit.

Personalabbauverordnung

Leben, die alle Begriffe von Treu und Glauben erschüttert und die Beamten aller Rechte beraubt hat. Unter Jüngelnden gesetzlichen hat man damals rücksichtlos den Abbau durchgeführt und unzählige Beamte und ihre Familien dem Elend ausgesetzt.

Durch die Dawes-Gesetz wurde die Reichsbahn dem Privatsektor ausgeliefert. Im Verwaltungsrat lagen die Großfirmen vom Schloss eines Siemens, Krupp und Co. über, als eingesetzte Mitglieder derselben Parteien, die jetzt bei der Reichsregierung sind. Für diese Herren bedeutet es aber keine Bedrohung der Rechtsgrundlage, wenn sie entgegen allen gesetzlichen Bestimmungen durch den Verwaltungsrat die Beamtenzahl der unteren und mittleren Gruppen verlegen und befehlen. Nur wenigen Wochen erst konnte der Verlust, die Umstände berief der unteren Beamten überhaupt anzusehen, mit Mühe und Not verhindert werden. Im Weiteren ist den Reichsbeamten durch den Verwaltungsrat die Arbeitsbedingungen dauernd verschärft worden. Die Beamten drohen mit Recht: Wo bleiben da die Grundsätze der Sozialdemokratie?

"Recht" ist es nur, wenn die davongelösten Fürsten drei Millionen an Vergelt- und Sachwerten befreien lassen. Für die kleinen Beamten aber ist kein Gold da. Nicht einmal die hämmerliche Weihnachtssumme ist in eine dauernde Zusage umgewandelt worden, trotzdem das nur einen geringen Bruchteil der Summe ausmachen würde, die jetzt den Fürsten zugesprochen werden soll.

Daselbst Krise, die jetzt so freigiebig mit den Milliarden für die Ritter und Fürstenfeldchen sind, breiten dauernd über. Es kann kein Beamten gehörig. So verlangt fürstlich ein einflussreicher Unternehmer aus dem Siegerland Industriegebiet in seinem "Reichsstaatsgeordneten" Verabsiedlung der Beamtenzahl um 20 Prozent. Der neue Görlicher Minister in nationalem Blatt, verlangte in einem Artikel vom 9. April die Einführung eines Rentenforschungsgesetzes. Diese Stimmen aus dem führturfreudlichen Lager ließen sich nach Belieben verzögern, so gelang der Beamtenfachrat deutlich, wohin die Reise geht.

Wie aber sieht es in Wirklichkeit in der Beamtenfachrat aus? Zur kleinen einmalige Aufhebung zu Weihnachten hat nur vorzüglich eine kleine Erleichterung schaffen können. Den kleinen Beamten wurden teilweise Daseinszeiten gegeben. Damit kommt eine kurze Zeit die größten Löcher geklopft werden. Das ist nicht die

Not wieder in weitausster Form. Das Selbstmordepidemie nimmt unter den unteren Beamten gerade in den letzten Wochen in erschreckendem Maße zu.

Der Rücktritt des französischen Kabinetts

Paris. (Eigene Drahtmeldung.) Gehört erfolgte der Rücktritt des französischen Finanzministers Berret infolge des neuen Kabinettszusammensetzung. Berret bestreitet vor einer Umbildung der Regierung Wehr zu nehmen und forderte die Vertragspartei, der Nationalen Interpellation, die Zustimmung über die finanzielle Sache vorzubereiten. Obwohl Berret eine Mehrheit von 209 gegen 155 Stimmen erhielt, konnte er die Umbildung des Kabinetts nicht mehr verhindern. Berret hätte sich in seiner Position in den letzten Wochen auf die Rechtsparteien gestützt, und die Vorsitzenden des Nationalen Blocks fordern jetzt auch, dass sie in einer von ihnen gesuchten Regierung maßgebend vertreten werden. Der Plan einer Regierung der "nationalen Einigung", in der Schand, Poincaré und Herrlot als Minister vertreten sind, wird sehr ernsthaft beraten.

Reddit. Berret wegen des Frankfurter Friedensvertrages zurückgetreten ist, fand eine Sitzung des Kabinettsteils statt, in dem die beiden sich ins Elsass, um ihren Rücktritt zu übertragen.

Gewaltige Demonstrations-fundgebungen in Prag

Prag, 15. Juni. Die gegen den Polizeiernen angeführten Demonstrationen und Kundgebungen fanden heute statt. Die Kommunisten und alle sozialistischen Parteien nahmen an den Versammlungen teil. Trotz des strömenden Regens waren große Teile der Teilnehmer erschienen. Nach Schluß der Ansprachen verließ die Polizei, die Menge zu provozierten. Beim ersten Polizei mit festgestelltem Säbel gegen die Arbeiter vor. Die Menge reagierte sich aber auf den Seitenengängen immer erneut und schlug die Polizei aktiver Widerstand entgegen. Da die Demonstranten vor dem Gebäude der "Narodna Ulica" aus befehlten Gebäudefronten, waren sie die Scheiben an diesem Gebäude entworfene. Eine Polizeiabteilung räumte die Gasse und besetzte das Gebäude. Auf Seiten der Polizei und der Demonstranten gab es eine starke Zahl Verwundete.

Über Reichstag und Regierung, die den ehemaligen Fürsten nicht genug zu danken können, sie sind blind und taub für die Not der unteren Beamten. Im Hauptausklang haben erst in den letzten Tagen alle Parteien einschließlich der Sozialdemokratie, den kommunistischen Antrag auf

Erhöhung des Zulöhns zum Grundgehalt für die Gruppen I-VI von 12½ auf 20 Prozent und für die Gruppen VII-VIII von 10 auf 20 Prozent abgelehnt.

So, wenn es sich um "Leistungszulagen" für die oberen Beamten auch dem Minister der Reichsbahn gehandelt hätte, dann hätte man trotz der Milliarden für die Künste und ihre Meister treuen noch Geld genug gehabt!

20 Millionen Sparmaßnahmen bei das Großkapital durch die Inflation des kleinen Leuten entzogen und der "Reiter" war ganz damit einverstanden. Wo sind da die "Grundsätze des Rechtsstaates" geblieben?

In Wirklichkeit ist es der Reaktion und ihrem Anhang gar nicht um Recht und Gerechtigkeit zu tun. Sie wollen den dargestellten Fürsten die Milliarde verleiht zu lassen, um mit ihrer Hilfe wieder die Macht rechts an sich zu reißen und das alte System wieder einzuführen. Die Beamten sollen dann wieder zu Staatsbürgern zweiter Klasse gemacht werden. Der deutsch-nationale Landesführer Körner ist Württemberg hat es ganz offen ausgesprochen, was das Ziel der "Königstreuen" ist:

Den Beamten soll das Wahlrecht einzogen werden, damit man ihnen noch besser die Gehälter würzen und ihre überigen Rechte rauben kann. Ganz diecelbe Unricht trifft klar zu, wenn die Bevölkerung des Zentrums und der Deutschen Volkspartei bei der Verabsiedlung der neuen Dienstkräfteverordnung im Reichstag entscheiden. Das Ziel ist, die alte Autorität wieder herzustellen. Bei der Verabsiedlung der Beamten müßte man von jeder Sozialversammlung abstimmen. Sie wollen eben Sentimentalitäten nur dann gelten lassen, wenn die lauernden Fürsten ihnen Milliarden zu sich in Sicherheit bringen wollen. Nachdem sie den Beamten schon das Streitrecht kreuzig machen möchten, möchten sie ihnen überhaupt das Koalitionsrecht wieder ganz nehmen. Ihr Ziel ist die Wiederaufstellung jener Verfassung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten vom 7. Mai 1909. Das Verbrechen, Fortsetzung der Verbesserung der Wirtschaftslage der Staatsbeamten durch Bildung von Beamtenvereinigungen durchzuführen, ist mit den Pflichten der Staatsbeamten unvereinbar."

Wenn die Fürsten ihr Ziel erreichen, so bedeutet das

Fortsetzung des Personalabbaus.

Aufhebung des Beamtenrechts der unteren und mittleren Beamten nach dem Muster der Reichsbahn,

Wiederherstellung der ungeliebten Willkürherrschaft der oberen Bürokratie,

Hungergehälter und Verlängerung der Arbeitszeit für die unteren und mittleren Beamten,

Verhinderung der Gehälter der oberen Beamten durch "Leistungszulagen",

Raub der bürgerlichen Rechte der Beamten,

Zerrüttung der Beamtengewerkschaften!

Jeder Beamte muss sich bewußt sein, was auf dem Spiele steht! Keiner darf der Zustimmung fernbleiben. Jeder denkt an seine und an die Zukunft seiner Familie und beamtete die Frage nach der enttäuschungslosen Entzündung der Fürsten am 20. Juni mit Ja!

Die Aufforderungen dauerten bis spät in die Nacht. Die Arbeiter haben sich in die Vorhöfe begeben, wo es zu dauernden Zusammenstößen mit der Polizei kam. Die Regierung hatte in den höheren Militär in Bereitschaft gestellt. Die bürgerliche Presse huldigt Prog gleich einem Heerführer.

Weitere Ausdehnung der Einheitsfront

Stuttgart. (Eigene Drahtmeldung.) In Stuttgart und verabschiedet am Freitag die KPD, SPD, DGB, KTB und das Reichsbeamte eine gemeinsame Aufforderung und wird außerdem den Schiedsgerichtsamt am Wiederaufnahmestag gemeinsam durchzuführen.

Jena. (Eigene Drahtmeldung.) Trotz der Drohung der Thüringer Bezirksleitung der SVD auf Ausschluß aller DTSV-Gruppen, die in der Volksentscheidskampagne für die Einheitsgruppe mit der KPD eintraten, hat sich in Jena die KPD, SPD und das Gewerkschaftsamt zur Organisierung des gemeinsamen Schiedsgerichts für den Volksentscheid zusammengetan.

Eisen. (Eigene Drahtmeldung.) Im Kreisgebiet und Kreisland wurden in Holzer, Burkhard und Orlamünde Einheitskomitees unter der Beteiligung der Gewerkschaften, SPD und der christlich sozialen Reichspartei gegründet.

Struppen bei Pirna. (Auch hier Einheitsfront!) In der öffentlichen Versammlung der KPD am 12. Juni entwidmete sich nach dem Referat unseres Genossen eine lebhafte Debatte. Die SVD-machte die KPD-Mitglieder zur Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte für den Volksentscheid am 20. Juni anstreben. Es wurde einstimmig beschlossen, alle noch zu leistenden Arbeiten, besonders aber den Schiedsgerichtsamt zu durchzuführen. Jetzt gilt es, alle Gewerkschaften zu mobilisieren, um die sich unabrechende Einheitsfront der Arbeiter zu verstetigen, um die sich unabrechende Einheitsfront der Arbeiter zu verstetigen. Es gilt, alle Befreiungsmittel in treiben, die möglich sind, damit es die Pläne der Reaktion mit Erfolg für den Volksentscheid abwehren werden können.

Vae victis!

(Wehe dem Siegenden!)

A. E. Hätte die Arbeiterklasse auch nur einen Bruchteil dessen von Klassenbewußtsein und Siegerwillen, wie es die Bourgeoisie in allen Ländern aufbringt, dann wäre es um ihre Siegessicherheit gestellt. Zu diesem Urteil kommt jeder, der den Artikel "Rache zum englischen Generalstreik" in der Nummer 23 der "Deutschen Arbeitgeberzeitung" zu Gesicht bekommt. Die Rachelustigkeit, der Ironismus, blutige Hohn und Wille, den Sieg über die englische Arbeiterklasse als ihr legitimes Konkurrenz auszuzeichnen, der aus jeder Zeile dieses Artikels spricht, zeigt nicht nur die englischen, sondern der ganzen internationalen Arbeiterklasse, was sie vom Kapitol zu gewünschen hat, wenn sie nicht geschlagen zusammensteht und in Internationaler, gut organisierten Kampf den Altersgegner niederschlägt.

Der Verfasser des Artikels, den die "Arbeitgeberzeitung" in einer Vorberichtigung als gründlicher Kenner der englischen Verhältnisse beschreibt, verböhnt die englischen Gewerkschaftsführer über die Unlässigkeit und Naivität bei der Führung des englischen Generalstreiks, so er nennt sie Verzweiflung an der Sache des englischen Proletariats, und erklärt ganz offen und brutal, doch ganz gleich, welche Ursache die Niederlage herbeiführte, die englische Arbeiterklasse restlos für die Sünden ihrer Führer zu schaffen, was sie vom Kapitol zu gewünschen hat, wenn sie nicht geschlagen zusammensteht und in Internationaler, gut organisierten Kampf den Altersgegner niederschlägt.

Es ist sehr wichtig, zu hören, daß dieser Kenner der englischen Verhältnisse erstaunend folgendes feststellt:

Schneller als erwartet, ist der englische Generalstreik zu kommen gebracht. Von heute auf morgen haben die Führer des Staates herumgerissen. War von Kreislauf geworden? Kriechen Aoi und Entehrung an die Tür? Das war gewiß nicht der Fall; der Ausstand hatte ja eben erst begonnen.

Er legt dann auseinander, daß der Generalstreik nur deshalb den Kampf abgebrochen hätte, weil er durch Bekannt vor dem Urteil führender englischer Juristen, unter denen sich auch das Juristische Haupt der Arbeiterpartei, Sir Henry Slesser befindet, wonach die Gewerkschaften durch Schadenserschließen verantwortlich gemacht werden können. Es heißt dann:

Dieses Urteil hat mir ein Blick eingeschlagen. Dem Generalstreik mit einem Mal die Binde von den Augen. Revolution haben wir nicht machen wollen." Man kann für gar nicht genug wundern über den Sturz des Gewerkschaftsvertrages der englischen Gewerkschaften, der die Seite ihres Vorgehens gar nicht genug gewürdig ist zu haben scheint."

Hier wird also von einem kapitalistischen Führer ganz umgedreht die Auffassung, die die Kommunisten vom ersten Tage des Streiks an vertraten, wonach ein solcher Kampf unmöglich sein würde, sondern von vornherein mit allen sozialistischen Konsequenzen zu führen ist, ausdrücklich bestätigt. Er verböhnt die neuen Gewerkschaftsführer, die gar nicht daran dachten, daß die Bourgeoisie einen solchen Kampf der Arbeiterklasse mit politischen Machtmitteln der Bourgeoisie nur durch politische Gegenaktionen der Arbeiterklasse pariert werden können.

Triumphierend stellt der Artikel schreiber fest: „Das erste, was die betrübt Gewerkschaften (Streik) ihr Leben einbringen, werden sie nicht machen wollen.“ Man kann für gar nicht genug wundern über den Sturz des Gewerkschaftsvertrages der englischen Gewerkschaften, der die Seite ihres Vorgehens gar nicht genug gewürdig ist zu haben scheint.“

„Die Auffassung, die die Kommunisten vom ersten Tage des Streiks an vertraten, wonach ein solcher Kampf unmöglich sein würde, sondern von vornherein mit allen sozialistischen Konsequenzen zu führen ist, ist ausdrücklich bestätigt. Er verböhnt die neuen Gewerkschaftsführer, die gar nicht daran dachten, daß die Bourgeoisie einen solchen Kampf der Arbeiterklasse mit politischen Machtmitteln der Bourgeoisie nur durch politische Gegenaktionen der Arbeiterklasse pariert werden können.“

„Die Gewerkschaften erklären: daß sie in Zukunft ihren Mitgliedern nicht Anweisung geben werden, weder national noch lokal, noch bei irgendwelcher Einzelfirma zu streiken, ohne daß das Unternehmen zur Beseitigung von Differenzen im Streikfall erfordert ist.“

„Sie werden keines ihrer Mitglieder unterstützen oder ermutigen, das eine individuelle Aktion im Gegensatz zu dem vorliegenden Paragraphen unternimmt.“

Mit Recht stellt angießt dieer Bedingungen der Artikel schreiber fest:

„Die Gewerkschaften in all jenen Branchen, welche sie in den Generalstreik einbezogen haben, mühten, wie man aus diesem Bericht sieht, durch ein kämpferisches Joch gehen und den Arbeitgebern einen jederzeit tragbaren Schiedsgericht anhandigen. Für absehbare Zeit „wird die Rette gelebt“ haben die Jünger der englischen Arbeiterklasse in ihrem Antreten und moralischen Gewicht eine solche Einheit eröffnet, daß sie für gewisse Zeit von jeder „Machivrede“ absehen werden. Rette ist des Gewerkschaftlers erste Pflicht geworden. Für viele Arbeiter aber wird der Generalstreik die schwerste Folge haben, daß sie als Organisierte ihr Monat keine Arbeit finden werden.“

Mit teuflischer Schadenfreude prophezei der Artikel schreiber:

„Man kann sich ausmalen, wie diejenigen Arbeiter, welche beim Streikfeind gefolgt und fest für vorwissenschaftlich lange Zeit festgenagelt werden, über den Generalstreik des englischen Gewerkschaftsvertrages denken! Es wird auf dem nächsten Gewerkschaftskongress nette Dinge zu hören bekommen.“

Und an anderer Stelle heißt es:

„Der Zähmungszwang in der englischen Arbeiterschaft ist jetzt auf lange Zeit hinaus zerbrochen. Es beginnt die eine marode Linie zwischen „aufrechten Gewerkschaftsführern“ und „Faschisten“ herauszuhallen.“

„Es gibt den englischen Kohlenarbeitern Recht, die „Neu auf die Spur“ zu treten und die Gewerkschaften des Generalstreiks“, wonach man weder von